

Deutsche Lesefassung - Band 2

Ausländische Bedrohungen und Chinas Einflussaktivitäten 2020

Mehrheitsbewertung und alternative Analyse des National Intelligence Council

Grundlage: Vom Nutzer bereitgestellte, freigegebene Unterlagen der US-Regierung Stand der Übersetzung: 17. Juli 2026

Hinweise zu dieser Übersetzung

Diese Lesefassung übersetzt den lesbaren Inhalt zweier Memoranden des National Intelligence Council. Geschwärzte Stellen erscheinen als [GESCHWÄRZT], technisch nicht sicher lesbare Passagen als [UNLESERLICH]. Wiederkehrende Klassifizierungs-, Verteiler- und Freigabevermerke werden zusammengefasst.

Die Dokumente enthalten unterschiedliche analytische Auffassungen. Das erste gibt die damalige behördenübergreifende Lagebewertung wieder. Das zweite wurde ausdrücklich als nicht abgestimmte alternative Analyse zweier Verfasser veröffentlicht. Begriffe wie „bewerten“, „wahrscheinlich“, „könnte“, „niedrige Sicherheit“ und „nicht beobachtet“ bleiben erhalten. Die Neuformatierung ist keine amtliche Übersetzung.

Enthaltene Originaldokumente

1. NICA_ Foreign Threats to 2020 US election_19AUG2020 - DECLASS_REDACTED.pdf, 19. August 2020, 8 Seiten

2. NICM_ChinaStepsToInfluenceElection_16OCT2020_DECLASS_REDACTED.pdf, 16. Oktober 2020, 7 Seiten

1. Ausländische Bedrohungen für die US-Bundeswahlen 2020

Originaltitel: Foreign Threats to 2020 US Federal Elections Originaldatei: NICA_ Foreign Threats to 2020 US election_19AUG2020 - DECLASS_REDACTED.pdf Herausgeber: National Intelligence Council Originaldatum: 19. August 2020 Freigabe: durch Präsident Trump am 3. Juli 2026 Originalumfang: 8 Seiten

Originalseite 1: Umfang und Kernaussagen

Hinweis zum Umfang

Dies ist eine herabgestufte Fassung eines ursprünglich am 19. August 2020 veröffentlichten Papiers. Sie enthält Informationen mit Stand dieses Datums und aktualisiert die NIC-Memoranden 2020-32 und 2020-033 [TEILWEISE GESCHWÄRZT]. Behandelt werden auch Chinas umfassendere Einflussbemühungen.

Das Papier bewertet nicht, welche Wirkung diese Bemühungen auf die Vereinigten Staaten hatten. Es behandelt auch keine Aktivitäten, welche die Geheimdienstgemeinschaft keinem ausländischen Akteur zuordnen konnte.

Allgemeine Bewertung

Im Vorfeld der US-Wahlen 2020 würden ausländische Staaten weiterhin verdeckte und offene Einflussmaßnahmen einsetzen, um:

- die Präferenzen und Sichtweisen amerikanischer Wähler zu verändern;
- die Politik der Vereinigten Staaten zu beeinflussen;
- gesellschaftliche Konflikte in den Vereinigten Staaten zu verstärken;
- das Vertrauen der amerikanischen Bevölkerung in demokratische Verfahren zu untergraben.

Ausländische Staaten oder andere Akteure könnten versuchen, Wahlinfrastruktur für unterschiedliche Zwecke zu kompromittieren. Dazu gehörten eine Störung der Stimmabgabe, der Diebstahl sensibler Daten oder das Schüren von Zweifeln an der Gültigkeit der Wahlergebnisse.

Nach der Bewertung verfügten Russland, China, Iran sowie zahlreiche nichtstaatliche Akteure über die technischen Fähigkeiten für solche Aktivitäten. Es wäre für sie jedoch schwierig, Wahlprozesse in großem Umfang und unbemerkt zu manipulieren.

Die Hauptsorge des Berichts galt laufenden und möglichen Einflussaktivitäten Russlands, Chinas und Irans.

Russland

Russland setzte nach der Bewertung verschiedene Maßnahmen ein, die vor allem darauf zielten, den früheren Vizepräsidenten Joe Biden und das von Moskau als antirussisch betrachtete Establishment herabzusetzen. Es lenkte oder ermutigte Stellvertreter dazu, Behauptungen über Biden zu verbreiten. Einige mit dem Kreml verbundene Akteure versuchten außerdem, Präsident Trumps Kandidatur in sozialen Medien zu fördern.

Im weiteren Sinne sollten Moskaus Aktivitäten gesellschaftliche Konflikte in den Vereinigten Staaten verstärken und Washingtons internationale Stellung untergraben.

China

Die Bewertung lautete, China bevorzuge eine Niederlage Präsident Trumps. Peking betrachtete ihn als unberechenbar und hart gegenüber China. In den vorausgegangenen Monaten hatte China seine öffentliche Kritik an der Regierung verstärkt und erkannte, dass dies Auswirkungen auf die Wahl haben könnte.

Obwohl [GESCHWÄRZT] Peking nicht beabsichtigte, die Wahl zu beeinflussen, [GESCHWÄRZTER SATZTEIL] Online-Einfluss und das Sammeln belastender Informationen über amerikanische Amtsträger.

Weitere Akteure

Die Geheimdienstgemeinschaft beobachtete außerdem, ob andere Staaten oder nichtstaatliche Akteure - darunter kriminelle Gruppen - versuchten, verdeckt die öffentliche Meinung zu beeinflussen, Wahlabläufe zu stören oder Wahldaten etwa durch Erpressungssoftware zu gefährden.

Originalseite 2: Begriffe und Russland

Wahlbeeinflussung und Wahleingriff

„Wahlbeeinflussung“ umfasst offene und verdeckte Einflussaktivitäten ausländischer Regierungen oder in deren Auftrag handelnder Akteure, die eine amerikanische Wahl direkt oder indirekt beeinflussen sollen. Dazu gehören Aktivitäten gegen Kandidaten, politische Parteien, Wähler oder deren Präferenzen sowie gegen politische Prozesse.

„Wahleingriff“ ist eine Untergruppe der Wahlbeeinflussung und betrifft die technischen Bestandteile einer Wahl. Dazu gehören Angriffe auf die Wählerregistrierung, die Abgabe und Auszählung von Stimmen sowie die Meldung von Ergebnissen.

Russische Stellvertreter

Präsident Putin und hochrangige russische Amtsträger beaufsichtigten nach der Bewertung Aktivitäten von Stellvertretern [GESCHWÄRZT], die Behauptungen über Joe Biden sowie über ukrainische Politiker und eine angebliche ukrainische Einflussnahme auf die US-Wahl 2016 verbreiteten.

Zu den Behauptungen gehörte, Biden habe während seiner Amtszeit im Zusammenhang mit der Ukraine und Personen mit Verbindung zum ukrainischen Energieunternehmen Burisma Straftaten begangen.

Andrij Derkatsch, Konstantin Kilimnik und andere mit der russischen Regierung verbundene Stellvertreter verbreiteten solche Darstellungen gegenüber amerikanischen Amtsträgern, anderen prominenten Personen und im Internet. Genutzt wurden persönliche Kontakte sowie Audioaufnahmen und Dokumentarfilme in amerikanischen und ukrainischen Medien.

Originalseite 3: Intensivierung russischer Aktivitäten und China-Bewertung

Einige russische Stellvertreter planten, ihre Bemühungen im weiteren Verlauf des Wahlkampfs zu verstärken und auf dem Höhepunkt der Präsidentschaftskampagne einen öffentlichkeitswirksamen Korruptionsskandal zu inszenieren, in den Biden und die Demokratische Partei verwickelt werden sollten.

Ihr Ziel bestand darin, Biden zu besiegen und einen Sieg des Präsidenten sicherzustellen. Einige dieser Akteure erwarteten, dass Darstellungen über angebliche demokratische Korruption in der Ukraine eine entscheidende Rolle spielen würden und dass amerikanische Personen für deren Verbreitung besonders wichtig seien.

Seit der Bewertung vom Mai setzte Russland staatliche Medien, soziale Medien und andere Internetplattformen ein, um Biden, die Demokratische Partei und das politische Establishment der Vereinigten Staaten herabzusetzen und die gesellschaftliche Spaltung zu fördern.

Die Inhalte waren überwiegend für Präsident Trump günstig, kritisierten seine Regierung jedoch gelegentlich bei Maßnahmen, die russischen Interessen entgegenstanden.

Russische Akteure verbreiteten Darstellungen über angeblichen Wahlbetrug bei der Briefwahl und bezeichneten einige Vorwahlen als von der Demokratischen Partei „manipuliert“. Andere verlagerten ihre Tätigkeit von sozialen Medien auf Nachrichtenseiten. Die Trollfabrik Lakhta Internet Research, der russische Auslandsnachrichtendienst SWR und der russische Militärnachrichtendienst GRU beschäftigten amerikanische und andere ausländische Autoren, um antiamerikanische und auf US-Politik ausgerichtete Inhalte für englischsprachige Nachrichtenseiten zu erstellen.

Das russische Verständnis amerikanischer Wahldynamiken und die Einschätzung des wahrscheinlichen Siegers würden nach der Bewertung Moskaus Vorgehen im weiteren Wahlverlauf bestimmen. Laufende Cyberoperationen könnten zusätzliche Einflussaktivitäten vorbereiten oder mit Material versorgen.

Bis Juni 2020 hatte ein [GESCHWÄRZTER AKTEUR] mehrere Webseiten von Bundesstaaten und Kommunen erkundet; der Zweck war unbekannt. Im Juli nahm ein kommerzielles Cybersicherheitsunternehmen an, dass [GESCHWÄRZTER AKTEUR] wahrscheinlich erfolglos eine amerikanische politische Organisation angegriffen hatte. Die Geheimdienstgemeinschaft konnte diese Aktivität nicht unabhängig zuordnen.

Russland sammelte seit Jahren Informationen über aktuelle und frühere Vertreter der US-Regierung. Diese Informationen könnten jederzeit veröffentlicht werden.

China

Die Bewertung wiederholt, dass China eine Wiederwahl des Präsidenten nicht bevorzugte. Peking betrachtete ihn als unberechenbar und hart gegenüber China. Obwohl [GESCHWÄRZT] Peking nicht beabsichtigte, die Wahl zu beeinflussen, [GESCHWÄRZT] Online-Einfluss und das Sammeln belastender Informationen über amerikanische Amtsträger.

Originalseite 4: Chinesische Einflussinstrumente

China setzte überwiegend Anreize und gelegentlich Zwang ein, um chinafreundlichere Positionen zu erreichen und Personen zu bestrafen, die Peking als Gegner chinesischer Interessen betrachtete.

China nutzte außerdem Desinformation und kritische Äußerungen gegen den Umgang der US-Regierung mit der COVID-19-Pandemie sowie gegen andere amerikanische Positionen. Genannt werden die Schließung des chinesischen Konsulats in Houston, Hongkong, der rechtliche Status des Südchinesischen Meeres und Chinas Bemühungen um eine Vorherrschaft auf dem 5G-Markt.

Ein chinafreundliches Netzwerk von Onlinekonten veröffentlichte Videos mit Kritik an Präsident Trump, bevor die Plattformbetreiber das Netzwerk abschalteten. [GESCHWÄRZTE EINZELHEITEN]

Die Bewertung lautete, Peking gehe wahrscheinlich davon aus, dass ein abgestimmter Versuch zur [GESCHWÄRZTEN] Beeinflussung der Präsidentschaftswahl nach hinten losgehen und nur unsicheren Nutzen bringen könnte. China erkenne jedoch, dass kritische öffentliche Äußerungen den Wahlkampf beeinflussen könnten.

Eine Zeitung im Besitz von [GESCHWÄRZT] schrieb, wirtschaftliche Maßnahmen Pekings gegen Unterstützer von Gesetzen und Klagen auf Entschädigung wegen der COVID-19-Pandemie könnten Auswirkungen auf Wahlen in Bundesstaaten und auf Kongresswahlen haben. Nach dem Dokument war dies die erste beobachtete öffentliche Warnung Pekings, die auf die Bereitschaft hindeutete, wirtschaftliche Kosten zu verursachen, die amerikanische Wahlen beeinflussen könnten.

China werde wahrscheinlich die Folgen möglicher Wahlausgänge für seine Interessen bewerten. Sollte Peking zu dem Schluss kommen, dass die zunehmend negative Entwicklung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen Chinas Aufstieg bedrohe und mit den bestehenden Mitteln nicht zu bewältigen sei, könnte es direkter versuchen, eine Wiederwahl des Präsidenten zu verhindern. Als Möglichkeiten nennt das Dokument die Veröffentlichung von Informationen oder den Einsatz eines Online-Einflussnetzwerks.

Weitere Aufzählungspunkte dieser Seite sind vollständig geschwärzt.

Originalseite 5: Cyberdatensammlung und Risiken der Wahlinfrastruktur

Peking hatte seine Cyberdatensammlung mit Bezug zu den Wahlen 2020 ausgeweitet. Dazu gehörten opportunistische Eindringversuche gegen amerikanische Unternehmen und Organisationen, um Informationen über politische Kandidaten, Wahlkämpfe, Spender und Wählerdaten zu sammeln.

Mit dem Internet verbundene Systeme

Feindliche Akteure könnten mit dem Internet verbundene Wahlinfrastruktur ausnutzen, darunter Wählerregistrierungsdatenbanken, elektronische Wählerverzeichnisse und Webseiten staatlicher oder lokaler Wahlbehörden. Diese Systeme seien leicht zugänglich und vergleichsweise schlecht geschützt.

Da sie häufig über Webportale erreichbar sein müssen, sind sie für verschiedene bösartige Cyberaktivitäten anfällig. Ein entschlossener Gegner könnte den Zugang nutzen, um Wahlabläufe zu stören oder Zweifel an demokratischen Verfahren zu säen.

Stimmenauszählung

Feindliche Akteure könnten lokal begrenzt auch Systeme zur Zählung oder Zusammenführung von Stimmen - darunter Wahlmaschinen - manipulieren. Eine koordinierte Kampagne zur großflächigen Veränderung von Wahlergebnissen wäre jedoch wahrscheinlich schwierig.

Nachträgliche Prüfungen und Papiernachweise würden solche Versuche in fast allen Bundesstaaten höchstwahrscheinlich aufdecken. Auch eine groß angelegte Manipulation der Briefwahl wäre für ausländische Akteure schwer zu koordinieren. Eine robuste Sendungsverfolgung würde großflächige Versuche wahrscheinlich erkennen.

Cyberoperationen gegen die Meldung elektronisch zusammengeführter Ergebnisse könnten die Veröffentlichung verzögern, würden aber wahrscheinlich nicht die Integrität der zertifizierten Ergebnisse beeinträchtigen. Angriffe zur Dienstverweigerung könnten ebenfalls den öffentlichen Zugang zu Ergebnissen verzögern.

Iran

Iran führte nach der Bewertung eine Einflusskampagne durch, um den damaligen Präsidenten und demokratische Institutionen der Vereinigten Staaten zu untergraben und das Land vor der Wahl zu spalten.

Teheran betrachtete die damalige Regierung als Befürworterin eines Regimewechsels im Iran. Dies verstärkte das Interesse der iranischen Führung, eine Wiederwahl des Präsidenten zu verhindern.

Irans Aktivitäten würden sich wahrscheinlich auf verdeckten Online-Einfluss konzentrieren, darunter die Verbreitung von Desinformation in sozialen Medien und die erneute Verbreitung anti-amerikanischer Inhalte.

Der Oberste Führer Ali Chamenei hatte die Einflusskampagne wahrscheinlich genehmigt. Im Mittelpunkt standen Inhalte, die den Präsidenten kritisierten, sowie bereits vorhandene

Nachrichten, Memes und Schlagworte zu Unruhen, Protesten für Rassengerechtigkeit, Briefwahl und dem Umgang der Regierung mit COVID-19.

Originalseite 6: Iran und weitere ausländische Akteure

In den vorausgegangenen zwei Jahren hatten Betreiber sozialer Medien Tausende unechter Konten iranischen Ursprungs entfernt. Einige wiesen Verbindungen zur iranischen Regierung auf. Sie verbreiteten kritische Inhalte sowohl über den damaligen Präsidenten als auch über andere Präsidentschaftskandidaten; ein Konto hatte 2018 sogar einen Kandidaten imitiert.

Teheran setzte solche Konten ein, um amerikanische Zielgruppen mit Botschaften im Sinne iranischer Politik zu beeinflussen. [GESCHWÄRZTE EINZELHEITEN ZU VERBINDUNGEN]

Iran könnte versuchen, Wahlinfrastruktur zu manipulieren oder anzugreifen, wie dies bei Wahlen im Nahen Osten und in Südasien geschehen sei. Der Bericht verfügte jedoch über keine Informationen, die auf eine entsprechende Absicht in den Vereinigten Staaten hindeuteten. Iran könnte außerdem belastende Informationen sammeln und veröffentlichen.

Im Januar versuchten im Auftrag Irans handelnde Cyberakteure, einen Server eines amerikanischen Unternehmens zu kompromittieren, das an der Wahlinfrastruktur beteiligt war. Das FBI arbeitete mit dem Unternehmen an der Behebung des Problems.

Im Juni teilte Google mit, mit Iran verbundene Cyberakteure hätten erfolglos versucht, E-Mail-Konten von Mitarbeitern des Wahlkampfs des amerikanischen Präsidenten durch Spear-Phishing anzugreifen. Ein Zweck solcher Aktivitäten bestand darin, belastende Informationen zu gewinnen, die öffentlich gemacht werden könnten. Außerdem sollten sie Irans umfassendere Ziele unterstützen, die Vereinigten Staaten zu schwächen und deren internationale Stellung zu beschädigen.

Andere ausländische Akteure

Weitere ausländische Akteure hatten Präferenzen zum Wahlausgang geäußert. Zu einigen lagen Berichte vor, wonach sie Schritte zur verdeckten Beeinflussung amerikanischer Wähler, Präsidentschaftskandidaten oder des politischen Umfelds erwogen oder bereits unternommen hatten.

Hochrangige türkische Amtsträger einschließlich Präsident Erdoğan waren der Auffassung, Teile der US-Regierung verträten eine fest verwurzelte antitürkische Haltung. Sie versuchten deshalb, die Ansichten amerikanischer Politiker und Kandidaten über die Türkei verdeckt zu beeinflussen.

Zu den türkischen Aktivitäten im vorausgegangenen Jahr gehörten verdeckte Finanzierungen kommunaler amerikanischer Wahlkämpfe, nicht registrierte Lobbyarbeit und Botschaften staatlicher Medien in sozialen Netzwerken.

Originalseite 7: Nichtstaatliche Akteure, Deutschland und Saudi-Arabien

Kriminelle oder andere nichtstaatliche Gruppen verfügten ebenfalls über die Fähigkeit, amerikanische Wahlinfrastruktur zu kompromittieren. Der Zugang zu Wahlsystemen könnte ihnen ermöglichen, die Stimmabgabe zu stören, sensible Daten zu stehlen oder das Vertrauen in die Ergebnisse zu untergraben. Ob konkrete Pläne bestanden, war nicht bekannt.

Einige Vorfälle waren bereits eingetreten. Im April kompromittierten unbekannte Akteure mit Erpressungssoftware die Computer eines County-Verwaltungsbeamten und eines Wählerregistrators in Virginia.

Die meisten anderen ausländischen Akteure würden ihre Ansichten wahrscheinlich nur in zurückhaltenden oder indirekten öffentlichen Äußerungen vorbringen, um nicht den Eindruck einer Einflussnahme auf das Wahlergebnis zu erwecken.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hätte nach der Bewertung fast sicher eine Niederlage Präsident Trumps bevorzugt. Als Gründe nennt der Bericht persönliche Konflikte zwischen beiden sowie ihre Wahrnehmung, die Politik der damaligen Regierung habe die geopolitische Position Deutschlands, der Europäischen Union und der NATO erschwert.

Merkel kritisierte im Juli öffentlich indirekt die Reaktion des Präsidenten auf die COVID-19-Pandemie. Bei einem privaten Videoanruf mit europäischen Regierungschefs bezeichnete sie die Wahl 2020 im Juni als „Risikofaktor“ für die Europäische Union.

Mitte 2019 äußerte der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman die Sorge, Riad könne die amerikanische Unterstützung für seine Ziele verlieren, falls der Präsident die Wahl 2020 verliere. [GESCHWÄRZTER SATZTEIL] Der Präsident sei der saudi-arabienfreundlichste aller amerikanischen Präsidenten gewesen.

Originalseite 8: Vergleich ausgewählter Staaten

Die Grafik beschreibt Versuche ausgewählter Länder, in den vorausgegangenen mindestens vier Jahren Teile der politischen Landschaft der Vereinigten Staaten zu manipulieren. Sie ist nicht als unmittelbarer Vergleich von Umfang, Größenordnung oder Intensität der jeweiligen Einflussaktivitäten gedacht.

Als Beispiel wird erläutert: Umfang und Größenordnung der damaligen chinesischen Einflussaktivitäten auf Ebene der Bundesstaaten und Kommunen übertrafen diejenigen Russlands und der Türkei deutlich. Russland hatte durch Nachrichtendienste erlangte Informationen häufiger veröffentlicht als Iran.

Legende: Beobachtet - entsprechende Aktivität wurde festgestellt. Vorbereitend - vorläufige oder vorbereitende Schritte, mit oder ohne konkrete Absicht. Nicht beobachtet - nicht beobachtet, nicht hauptsächlich gegen die Vereinigten Staaten gerichtet oder nur symbolisch.

Aktivität	Russland	China	Iran
Öffentliche Meinung, offen: Presseerklärungen und Inhalte staatlicher Medien	Beobachtet	Beobachtet	Beobachtet
Öffentliche Meinung, verdeckt: verdeckte Botschaften in sozialen Medien	Beobachtet	Beobachtet	Beobachtet
Nationale Führung und Politik: verdeckte Beeinflussung von Exekutive oder Kongress	Beobachtet	Beobachtet	Beobachtet
Führung und Politik auf Ebene der Bundesstaaten und Kommunen	Beobachtet	Beobachtet	Nicht beobachtet
Veröffentlichung nachrichtendienstlich erlangter Informationen zum Schaden einer politischen Person oder Organisation	Beobachtet	Vorbereitend	Beobachtet
Angriffe auf, Zugang zu oder Manipulation von Wahlprozessen oder wahlnahen Systemen	Beobachtet	Vorbereitend	Vorbereitend
Beeinflussung amerikanischer Ermittlungen, Strafverfolgung oder anderer Rechtsverfahren	Beobachtet	Vorbereitend	Nicht beobachtet
Wirtschaftliche Anreize zur Erlangung politischer Zugeständnisse	Nicht beobachtet	Beobachtet	Nicht beobachtet
Vergeltung für Entscheidungen oder Handlungen der Vereinigten Staaten	Beobachtet	Beobachtet	Nicht beobachtet

2. Argumente dafür, dass China Schritte zur Wahlbeeinflussung unternahm

Originaltitel: Making the Case That China Has Taken Some Steps to Influence the Presidential Election Originaldatei:

NICM_ChinaStepsToInfluenceElection_16OCT2020_DECLASS_REDACTED.pdf Herausgeber:

National Intelligence Council Dokumentkennung: NICM 2020-09381 Originaldatum: 16. Oktober

2020 Freigabe: durch Präsident Trump am 3. Juli 2026 Originalumfang: 7 Seiten

Charakter des Dokuments

Das Memorandum wurde vom National Intelligence Officer for Cyber und vom Leiter der Election Threat Analysis erstellt. Es bietet ausdrücklich eine alternative Perspektive zu der damaligen Mehrheitsbewertung der Geheimdienstgemeinschaft, China habe nicht versucht, den Ausgang der Präsidentschaftswahl 2020 zu beeinflussen.

Das Papier wurde der Geheimdienstgemeinschaft vor der Veröffentlichung zur Stellungnahme vorgelegt, war aber kein behördenübergreifend abgestimmtes Produkt.

Die beiden Verfasser bewerten, Peking habe mindestens einige niedrigschwellige, erkundende Schritte unternommen, um die Wiederwahl des Präsidenten zu erschweren. Dazu habe China ihn herabgesetzt und versucht, Wahrnehmungen amerikanischer Wähler zu prägen.

Nach ihrer Bewertung umfassten diese Bemühungen wahrscheinlich:

- offene Botschaften;
- erste verdeckte Online-Fähigkeiten;
- diplomatische Maßnahmen;
- wirtschaftlichen Druck oder wirtschaftliche Anreize.

China habe wahrscheinlich nicht seine aggressivsten Möglichkeiten zur Wahlbeeinflussung oder zum technischen Wahleingriff eingesetzt. Peking habe Rückwirkungen vermeiden und die Beziehungen nach der Wahl stabilisieren wollen. Die Verfasser kennzeichneten ihre Bewertung mit niedriger bis mittlerer Sicherheit. Ein großer Teil der vorhandenen Berichterstattung sei sowohl mit der Mehrheits- als auch mit der Minderheitsauffassung vereinbar gewesen.

Mehrheitsbewertung der Geheimdienstgemeinschaft

Die damalige Mehrheitsbewertung, darunter die Position des National Intelligence Officer for East Asia und weiterer NIC-Vertreter, lautete: Peking habe keine Einflussmaßnahmen eingesetzt, deren Ziel die Veränderung des Wahlausgangs gewesen sei.

Chinas Führung habe Stabilität in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen gewünscht und angenommen, ihre Ziele unabhängig vom Gewinner mit verschiedenen Mitteln verfolgen zu können. Die Wahl jedes der beiden Kandidaten hätte aus Pekings Sicht Chancen und Schwierigkeiten mit sich gebracht. Diese Abwägung habe gegen das Risiko einer Wahlbeeinflussung gesprochen.

Peking habe auf amerikanische Maßnahmen eher zurückhaltend reagieren wollen, um Entschlossenheit zu zeigen und zugleich die Möglichkeit einer späteren Reparatur der Beziehungen zu erhalten. Chinesische Einschätzungen hätten gewarnt, Washington könne Behauptungen über eine Einmischung zur Dämonisierung Chinas nutzen. China solle den Vereinigten Staaten keinen Vorwand geben, es zum Sündenbock zu machen.

Chinesische Stellen könnten außerdem angenommen haben, das bevorzugte Ergebnis sei ohnehin wahrscheinlich. Bereits [GESCHWÄRZTER ZEITPUNKT] hätten chinesische Analysten bewertet,

Pandemie und wirtschaftlicher Abschwung hätten die Wiederwahlchancen des Präsidenten verringert. Peking habe sich auf beide möglichen Ergebnisse vorbereitet und Kontakte zu beiden Kandidaten beziehungsweise Wahlkämpfen gepflegt.

Die Geheimdienstgemeinschaft habe keine Anzeichen für einen chinesischen Versuch gesehen, den Wahlausgang zu beeinflussen, und keine Aktivität beobachtet, die sie als wahrscheinlich aus einem solchen Versuch hervorgegangen bewertete. China habe zwar Optionen entwickelt, die sich für Einflussmaßnahmen verwenden ließen; ein Einsatz dieser Fähigkeiten sei aber nicht beobachtet worden.

Alternative Sicht: Wann wird Einfluss zu Wahlbeeinflussung?

Die Verfasser stimmten dem größten Teil der Mehrheitsbewertung zu Pekings Kalkül und Vorgehensweise zu. Sie hielten jedoch das Urteil für zu weitgehend, kein Element der chinesischen Regierung habe Schritte zur Wahlbeeinflussung unternommen.

Geheimdienstliche, privatwirtschaftliche und offene Berichterstattung über bereits laufende Einflussaktivitäten deutete ihrer Auffassung nach darauf hin, dass chinesische Regierungsstellen zumindest in einem gewissen Maß amerikanische Wähler und Kandidaten ansprachen und wussten, dass diese Aktivitäten den Wahlausgang berühren konnten.

Das Memorandum übernimmt zwei Begriffsdefinitionen:

Wahlbeeinflussung umfasst offene und verdeckte Aktivitäten ausländischer Regierungen oder in deren Auftrag handelnder Akteure, die unmittelbar oder mittelbar eine amerikanische Wahl beeinflussen sollen. Dazu zählen Kandidaten, Parteien, Wähler, deren Präferenzen und politische Prozesse.

Wahleingriff ist der technische Teil der Wahlbeeinflussung und betrifft Registrierung, Stimmabgabe, Auszählung und Ergebnismeldung.

Nach Ansicht der Verfasser sollten zumindest einige chinesische Aktivitäten mittelbar auf Kandidaten, Wählerpräferenzen und politische Prozesse wirken und erfüllten damit die Definition der Wahlbeeinflussung.

In den lesbaren Passagen genannte Hinweise

Das Papier nennt Berichte, wonach Peking um [GESCHWÄRZTEN ZEITPUNKT] 2020 nicht näher bezeichnete Schritte begonnen habe, um die Wiederwahlkampagne des Präsidenten als Reaktion auf amerikanischen Druck gegen Chinas Technologiesektor zu schädigen.

Planungsbesprechungen chinesischer Amtsträger über eine Reaktion auf den amerikanischen Druck hätten häufiger stattgefunden. Hochrangige Führungspersonen hätten erwartet, dass Chinas Halbleiterindustrie bei einer Wiederwahl des Präsidenten weiter geschädigt werde. Nicht näher bezeichnete chinesische Regierungsvertreter hätten eine Lockerung von Sanktionen erwartet, wenn ihre Bemühungen die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten schwächten oder ein Kandidat einer genannten amerikanischen Partei anstelle des Präsidenten gewählt würde.

Ein [GESCHWÄRZTER AKTEUR] habe empfohlen, belastendes „schwarzes Material“ über den Präsidenten zu sammeln und es zu einem geeigneten Zeitpunkt öffentlichkeitswirksam auszuschlachten.

Eine weitere lesbare Passage besagt, die chinesische Regierung habe ihre Vertretungen in den Vereinigten Staaten beauftragt, chinesische Gruppen und Organisationen zur Anstiftung von Protesten einzusetzen, um das öffentliche Ansehen des Präsidenten zu beschädigen und seine Wiederwahlchancen zu schwächen.

Ein teilweise geschwärzter Bericht habe rassistische Konflikte als wichtigen Faktor der Wahl eingeschätzt. Mitarbeiter eines regierungsnahen chinesischen Technologieunternehmens hätten

[GESCHWÄRZTE STELLE] bei einer Kampagne unterstützt, die Gewalt und Proteste gegen die amerikanische Regierung anstacheln sollte.

Nach einer weiteren Passage experimentierten chinesische Akteure mit der Erstellung von Deepfakes zur Herabsetzung Präsident Trumps. Dies sei als Reaktion auf Anweisungen erfolgt, Pekings Fähigkeit zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu verbessern.

Prochinesische Netzwerke in sozialen Medien

Im selben Zeitraum veröffentlichte ein prochinesisches Einflussnetzwerk auf amerikanischen Plattformen Botschaften, die Pekings Sichtweisen unterstützten. Dazu gehörten englischsprachige Inhalte, die den Präsidenten und die Politik seiner Regierung herabsetzten.

Die Verfasser sahen darin Aktivitäten, die zu dem erwarteten Vorgehen von Nachrichtendiensten oder ähnlichen Akteuren beim Aufbau erster Online-Einflussfähigkeiten passten. Eine unmittelbare Verbindung des Netzwerks zur chinesischen Regierung habe sich jedoch nicht herstellen lassen.

Die alternative Analyse bewertete dennoch, Teile der Regierung hätten die Kampagne mindestens gekannt und gebilligt und sie möglicherweise gesteuert oder selbst durchgeführt. Als Begründung wurden genannt:

- inhaltliche Übereinstimmung mit offenen Botschaften Pekings;
- starke Ähnlichkeit mit Themen und Methoden früherer chinesischer Einflusskampagnen;
- der Versuch, Einflussaktivitäten in den allgemeinen öffentlichen Diskurs einzufügen;
- Dauer und Häufigkeit über mehrere Monate;
- schnelle Produktion neuer Videos als Reaktion auf aktuelle Ereignisse;
- die dauerhafte Fähigkeit, außerhalb der chinesischen Internetzensur zu arbeiten.

Eine Plattform entfernte außerdem eine andere Gruppe nicht zugeordneter prochinesischer Konten. Einige gaben sich als Amerikaner aus und veröffentlichten wahlbezogene Inhalte. Die Betreiber hatten vier Gruppen geschaffen: eine unterstützte den Präsidenten, zwei unterstützten seine Gegner und eine setzte hauptsächlich den Präsidenten herab. Die Konten wurden geschlossen, konnten nach Einschätzung des Dokuments aber leicht ersetzt werden und wären schwer zu erkennen.

Seit 2018 habe China Methoden erforscht und neue Werkzeuge entwickelt, um amerikanische Zielgruppen durch verdeckte Online-Aktivitäten zu beeinflussen. [MEHRERE QUELLEN- UND SATZTEILE GESCHWÄRZT] Die Verfasser bewerteten, Chinas Führung habe geglaubt, solche Aktivitäten könnten sich auf die Wahl auswirken.

Breitere Botschaften als mögliche Wahlstrategie

Die Verfasser bewerteten, China könne mit einem Teil seiner allgemeineren Botschaften zu den amerikanisch-chinesischen Beziehungen zugleich beabsichtigt haben, die Wiederwahlchancen des Präsidenten zu schwächen.

Peking habe breit angelegte Kampagnen zu Sachthemen wahrscheinlich als risikoarm betrachtet. Eingesetzt worden seien:

- öffentliche Erklärungen;
- diplomatische Kontakte;
- vertrauliche Botschaften;
- die Ansprache von Wahlkampfspendern;
- verdeckte Online-Aktivitäten;

- Druck auf Amtsträger, Unternehmen und Öffentlichkeit, sich gegen die Politik des Präsidenten zu stellen.

China habe immer aggressivere offene und verdeckte Kampagnen gegen die Politik der Regierung genehmigt und zugleich versucht, nicht für einen Eingriff in die Präsidentschaftswahl verantwortlich gemacht zu werden.

Seit März habe China offene und verdeckte Einflussaktivitäten begonnen, um die internationale Erzählung über Pekings Reaktion auf COVID-19 zu prägen und die Reaktion der amerikanischen Regierung herabzusetzen. Dazu hätten Desinformation über den Ursprung der Pandemie und englischsprachige Karikaturen über den Umgang des Präsidenten mit der Krise gehört.

Eine Zeitung im Eigentum der Kommunistischen Partei Chinas habe erklärt, wirtschaftliche Maßnahmen gegen Unterstützer von Gesetzen und Entschädigungsklagen wegen COVID-19 könnten Wahlen in Bundesstaaten und zum Kongress beeinflussen. Das Memorandum bezeichnet dies als erste beobachtete öffentliche chinesische Warnung, die Bereitschaft zu wirtschaftlichen Maßnahmen mit möglicher Wahlwirkung erkennen ließ.

Ein weiterer Bericht beschrieb eine geplante Verbreitung von Inhalten in amerikanischen sozialen Medien, die den Präsidenten im Zusammenhang mit einem Grenzkonflikt zwischen China und Indien diskreditieren sollten.

Mindestens seit dem Vorjahr habe China seine Bemühungen verstärkt, Ansichten und Politik amerikanischer Kandidaten zu beeinflussen, darunter deren wichtige Berater und Geldgeber. Chinesische Diplomaten hätten die Empfindlichkeit einer Ansprache von Spendern erkannt und versucht, diese Tätigkeit vor amerikanischen Behörden zu verbergen.

Was nach dem Dokument nicht beobachtet wurde

Die Verfasser weisen ausdrücklich darauf hin, dass es keine Berichte über einige der aggressiveren verfügbaren Mittel gab. Nicht festgestellt wurden nach dem lesbaren Text:

- das Einschleusen großer Parteispenden;
- der Versuch, Wahlinfrastruktur zu kompromittieren;
- Eingriffe in Briefwahlstimmen;
- eine umfassende, regierungsweit koordinierte Kampagne zugunsten einer Seite.

Einige Instrumente der Staatsmacht seien mehrdeutig eingesetzt worden. China habe trotz Handelsstreitigkeiten weiterhin amerikanische Agrarprodukte im Rahmen des Phase-One-Abkommens gekauft. Peking könne angenommen haben, dies helfe sowohl der Wiederwahl des Präsidenten als auch der Stabilisierung der bilateralen Beziehungen.

Vergleich von Mehrheits- und Minderheitsbewertung

Die Schlussgrafik stellt die Positionen gegenüber. Weitgehende Übereinstimmung bestand demnach bei folgenden Punkten:

- China betrieb breite Einflussaktivitäten in Diplomatie, Wirtschaft und Medien.
- China bevorzugte wahrscheinlich eine Niederlage Trumps.
- China hatte eine gezielte Einflusskampagne zur Präsidentschaftswahl erwogen und Optionen vorbereitet.
- China wog Risiko und Nutzen ab, insbesondere mögliche Gegenreaktionen bei Entdeckung.
- Peking bereitete sich sowohl auf einen Sieg Trumps als auch auf einen Sieg Bidens vor.
- China vermied einen regierungsweit koordinierten Einflussversuch und einen technischen Eingriff in amerikanische Wahlsysteme.

Der eigentliche Unterschied lag darin, ob öffentliche und diplomatische Maßnahmen gegen Trump sowie einige verdeckte Aktivitäten bereits als eingesetzte Wahlbeeinflussung einzustufen waren. Die Verfasser bejahten dies mit niedriger bis mittlerer Sicherheit; die Mehrheitsbewertung verneinte einen entsprechenden Einsatz.

Dokumentenstatus und Übersetzungsvermerk

Die beiden Memoranden zeigen einen analytischen Streit über Definition, Absicht und Gewichtung von Quellen. Das zweite Dokument ist ausdrücklich eine alternative, nicht behördenübergreifend abgestimmte Analyse. Es unterscheidet zwischen Einfluss auf politische Sachfragen, mittelbarer Wahlbeeinflussung und technischem Eingriff in Wahlsysteme. Seine Aufnahme in diese Lesefassung macht die Minderheitsposition nicht zur Mehrheitsbewertung.

Ende von Band 2